Im Banne des Kulturkampfs

Autor(en): **Heim, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Oltner Neujahrsblätter**

Band (Jahr): **78 (2020)**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-864918

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Im Banne des Kulturkampfs

Peter Heim

Mit ihrer mächtigen Doppelturmfassade prägt die römisch-katholische St. Martinskirche seit über einem Jahrhundert die Skyline der Stadt. Sie wurde im Jahre 1910 eingeweiht, rund vier Jahrzehnte nachdem die Römisch-Katholiken aus der Stadtkirche verdrängt worden waren. Durch seine Monumentalität setzte der Neubau ein unübersehbares Zeichen: Als architektonisches Gegengewicht zu der christkatholischen Stadtkirche mit ihren eher bescheidenen Türmen wirkte er wie eine Art Machtdemonstration des wieder erstarkten römischen Katholizismus in der christkatholischen Hochburg Olten.

St. Martinskirche

Kulturkampf

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzog sich in den meisten europäischen Staaten ein Prozess der Säkularisierung von Staat und Gesellschaft. Dabei ging es um die Emanzipation von der Kirche, die Jahrhunderte lang mit der Staatsmacht verflochten gewesen war, und entsprechend um eine Neubestimmung der Beziehung zwischen Kirche und Staat, die zu einer Reduktion des kirchlichen Einflusses führte. Die damit zusammenhängenden Konflikte sind unter der Bezeichnung «Kulturkampf» in die Geschichte eingegangen. Für die Katholiken erreichten die Auseinandersetzungen ihren Höhepunkt 1870 mit der Verkündigung des Dogmas von der Unfehlbarkeit des päpstlichen Lehramtes, welches zur Abkehr der liberal denkenden Christkatholiken von der Papstkirche führten. Im mehrheitlich katholischen Kanton Solothurn und insbesondere in der Region Olten wurden die Auseinandersetzungen zwischen Christkatholiken und Romtreuen mit besonderer Leidenschaft geführt. Sie prägten die Beziehungen zwischen den beiden Konfessionen noch bis in die Zeit nach dem zweiten Vatikanischen Konzil.

Streit über die Grabesruhe der «Armen Seelen» und ein Geschichtslehrmittel

Der konfessionelle Hader flammte in den Jahren des Ersten Weltkriegs wieder auf, als die Gemeinde im August 1915 beschloss, den zu klein gewordenen Friedhof im heutigen Stadtpark auf die rechte Aareseite in den Meisenhard zu verlegen. Gegen das Vorhaben, dort auch ein Krematorium zu erstellen, setzte sich die katholisch-konservative Volkspartei (heute CVP) aus weltanschaulich-religiösen Gründen vehement zur Wehr: Die Leichenverbrennung sei ein Postulat der Freimaurerei und von der Kirche ausdrücklich verboten – hiess es.[1] Unter Protest verliessen die katholisch-konservativen Parteigänger am 2. Juni 1916 die von 600 Mann besuchte Gemeindeversammlung, worauf diese das Projekt fast einstimmig genehmigte.[2] Die Rekurse der Krematoriumsgegner bis ans Bundesgericht blieben ohne Erfolg. Am 8. Dezember 1917 wurde der Friedhof samt Krematorium und Abdankungshalle in Betrieb genommen.

Die Abdankungshalle im Meisenhard. Der Brennofen befindet sich im Untergeschoss.

Zusätzliche Konflikte ergaben sich im Bildungsbereich, der schon im 19. Jahrhundert immer wieder Anlass zu Streitigkeiten zwischen kirchlichen und politischen Autoritäten gegeben hatte. Dabei ging es auch um damals als zentral eingestufte Glaubensinhalte wie die Lehren vom Fegefeuer oder der Transsubstantiation von Brot und Wein in Fleisch und Blut Jesu Christi im Messopfer. In einer Resolution protestierten im November 1916 800 römisch-katholische Mütter und Töchter gegen die «kirchenfeindlichen Ausfälle» im damals weit verbreiteten Geschichtslehrmittel des Zürcher Professors Wilhelm Oechsli und gegen den Unterricht der Bezirkslehrerin Agnes Straumann, die sich zu heiklen Themen geäussert hatte. *«Lasset doch die armen Seelen in Ruhe»,* soll Fräulein Straumann den Kindern gesagt haben, *«ich wenigstens kann nicht daran glauben, dass sie in dem Feuer brennen müssen.»* Der christkatholische Pfarrer Emil Meier verteidigte die angegriffene Lehrerin: Man habe schon lange den Eindruck, dass gewisse Schüler eigentlich angeleitet würden, alles, was die Lehrer zu Fragen des Glaubens sagten, zu notieren und zu melden.[3]

Beide Seiten trugen kräftig dazu bei, den Streit weiter eskalieren zu lassen. So erklärte Straumanns Kollege Ernst Allemann vor einer Schulklasse, man könne im Magen eines Kommunizierenden nur Brot finden, kein Fleisch und Blut.[4] An einer katholischen Frauentagung im «Schweizerhof» holte der Grenchner Pfarrer und konservative Kantonsrat Ernst Niggli zum Rundumschlag gegen das moderne Bildungswesen aus und brandmarkte die konfessionell neutrale Schule als *«Unsinn».*[5]

In einer anderen Frage konnten die Römisch-katholiken einen unerwarteten Erfolg verbuchen: Im Frühjahr 1918 wurde das seit 1874 bestehende Verbot der Fronleichnamsprozession[6] aufgehoben. Vergeblich hatten sich liberale Kreise gegen die Aufhebung gewehrt: *«Die Fronleichnamsprozessionen bezwecken bekanntermassen nichts anderes als eine Verherrlichung der Albigenser- und Waldenser-Morde im Mittelalter, begangen durch die verrückt gewordene römische Klerisei, und sind gerichtet gegen die Andersgläubigen, in erster Linie gegen die Protestanten.»*[7]

Strandbad um 1950

Der Badistreit

In ganz anderem Zusammenhang prallten die weltanschaulichen Fronten in der Mitte der 1930er Jahre anlässlich des Neubaus der Badeanstalt aufeinander. Das Bauprojekt sah ein grosszügiges Gartenbad vor, wodurch die bisherige Trennung von Männer- und Frauenbad obsolet wurde.

Im katholischen Milieu galt das Baden zwar als eine für die Gesundheit und das körperliche Wohlergehen sinnvolle und nützliche Freizeitbetätigung, die aber unbedingt nach Geschlechtern getrennt stattzufinden habe. In ihrem Bettagsmandat des Jahres 1930 hatten die schweizerischen Bischöfe die Aufhebung der Geschlechtertrennung ausdrücklich verurteilt. Deshalb hatte sich die katholisch-konservative Fraktion gegen das Projekt des neuen Strandbades gewehrt und gelangte im Sommer 1938 mit dem Begehren von *«wöchentlich je zwei geschlechtergetrennten Halbtagen»* an den Gemeinderat. Federführend waren dabei das römisch-katholische Pfarramt und sechs katholische Vereine. Als Begründung ihrer Eingabe machten sie *«die dem Menschen angeborene Scham»* und die *«von allen christlichen Konfessionen anerkannte Erbsündlichkeit des Menschen»* geltend. Einzelne Stimmen befürchteten sogar eine Verbreitung der Prostitution.[8]

Bemerkenswert ist, dass sich diesem Anliegen auch fünf Frauenorganisationen anschlossen. Dazu zählten neben dem Katholischen Frauenbund der Bund abstinenter Frauen, der christkatholische und der reformierte Frauenverein und der liberale Verband für Frauenbestrebungen; einzig der sozialdemokratisch orientierte Proletarische Frauenbund fehlte auf der Liste. Die Frauen machten geltend, dass die Aufhebung der Geschlechtertrennung dem ethischen Empfinden vieler Frauen widerspreche. *«Es ist gerade in unserer Zeit nicht notwendig, die Würde der Frau noch mehr preiszugeben, als dies schon durch die vielfach vorherrschende Bademode und Reklame in unzweideutiger Weise geschieht.»*

Auch in der Debatte des Gemeinderates klangen bisweilen weltanschauliche Töne an, die an die Zeit des Kulturkampfs erinnerten. So bezeichnete ein sozialdemokratischer Redner die Lehre von der Erbsünde als *«Humbug»*, und der freisinnige Stadtammann wies Äusserungen im kirchlichen Anzeigeblatt der römisch-katholischen Pfarrei zurück, wonach Frauen, die vor den Blicken der Männer badeten, kein Schamgefühl hätten und das Gemeinschaftsbad den Zerfall der Kultur bedeute.[9]

Als der Gemeinderat das Begehren gegen den Widerstand der Volkspartei-Fraktion mit 22 zu 6 Stimmen abschmetterte, reagierte das konservative Parteiorgan «Der Morgen» mit dicken Schlagzeilen: *«Das ist Gewalt – nicht Recht! Die radikal-sozialistische Mehrheit des Oltner Gemeinderates diktiert das Gemeinschaftsbad!»*[10]

Noch Jahrzehnte später ereiferten sich katholisch-fundamentalistische Stimmen über das Thema. In einer Eingabe an die Behörden beschwerte sich ein Bürger über *«einige unverantwortliche Personen»*, welche *«durch unanständige und das Geschlechtsgefühl irreleitende Badebekleidung allgemein auffallen und Ärgernis geben»*. Persönlich habe er beobachtet, dass *«auf der Schützenmatte (...) sich zwei Damen vom Strandbad kommend über den Platz bewegten»*. Die eine *«stellte sich frech in Positur, um den in minimalem Bikini-Anzug bedeckten Körper zu unterstreichen»*. Etwas später habe er Burschen gesehen, von denen einige bloss mit Dreispitzhöschen bekleidet waren, *«sodass ihr halbes Hinterteil hervorkam»*.[11]

Hochhuth-Skandal

Die Auseinandersetzungen mit der Zeit des Nationalsozialismus dauern – zu Recht – bis in die Gegenwart an. Seit den 1960er Jahren wird dabei auch das Verhalten von Papst Pius XII. (1939–1958) gegenüber der Vernichtungspolitik der Nazis kontrovers diskutiert. Im Brennpunkt der Debatte steht das Reichskonkordat von 1933, in welchem sich der Vatikan zu weitgehender politischer Enthaltsamkeit verpflichtete und dabei im Gegenzug erreichen wollte, dass die Angriffe der Nationalsozialisten gegen Katholiken aufhörten. Eugenio Pacelli, der vor seiner Wahl zum Papst bis 1939 als päpstlicher Nuntius in Berlin wirkte, war dabei federführend. Es ist hier nicht der Ort, auf die Kontroverse im Einzelnen einzugehen. Durch die angekündigte Öffnung der entsprechenden Bestände im Vatikanischen Archiv dürften demnächst neue Aspekte in diese Diskussion eingebracht werden.

1963 löste das umstrittene Theaterstück «Der Stellvertreter» des deutschen Dramatikers Rolf Hochhuth im gesamten deutschen Sprachraum eine leidenschaftliche Debatte aus. Papst Pius XII. wird in dem Stück als Leisetreter und Duckmäuser dargestellt, der dem Massenmord aus Gründen der Staatsraison unbeteiligt zugesehen habe. Im Jahr zuvor hatte der Nachfolger von Pius XII., Johannes XXIII., das Zweite Vatikanische Konzil eröffnet und damit einen Prozess des «Aggiornamento» eingeleitet. Die Eröffnung der zweiten Konzilssession fiel mit dem Datum der Schweizer Erstaufführung von Hochhuths Stück in Basel zusammen. Die Theaterkommission der Oltner Bürgergemeinde beschloss nach dem Besuch einer Aufführung in Basel, das Stück ausser Abonnement im Stadttheater aufführen zu lassen. Am 3. Oktober gelangte die katholisch-konservative Fraktion mit einer Interpellation an den Gemeinderat. Darin wurde der Theaterkommission vorgeworfen, die Gefühle des grossen katholischen Volksteils, der ungefähr die Hälfte der Oltner Bevölkerung ausmache, zu verletzen. In einer scharfen Protestresolution griff der Bezirksverband Gäu des katholischen Jungmannschaftsverbandes nicht nur das Stück selbst an, sondern holte zu einem Rundumschlag gegen die Erwachsenenwelt aus. Die junge Generation, so hiess es, lasse sich *«vom kulturkämpferischen Terror einer snobistischen und ewiggestrigen, pointiert antiklerikalen und freimaurerischen älteren Clique»* nicht beeindrucken. Die Jungkatholiken

Neugierige vor Beginn der Aufführung im Stadttheater (Oltner Tagblatt, 30. Oktober 1963)

stellten sich mit aller Deutlichkeit hinter die ökumenische Bewegung. Gleichzeitig rüsteten sie sich zum *«Abwehrkampf gegen den östlichen Kommunismus und den westlichen Atheismus geistig entleerter Intellektueller, Industrieller, Politiker, Kunstkenner und alles, was sich da als halb- und pseudointellektueller Bodensatz an die ominöse Oberfläche gearbeitet hat».*[12]

Dabei scheint es, dass sich die Gegner der Aufführung nicht einig waren, wie sie reagieren sollten. Während anonyme Flugblätter zu Protestaktionen aufriefen, ermahnte der Pfarrer von St. Martin, Alfons Räber, die Katholiken, sich nicht zu Panikreaktionen provozieren zu lassen.

Am Abend des 29. Oktobers 1963 erlebte Olten einen veritablen Theaterskandal. Vor dem Stadttheater versammelten sich rund 1000 Neugierige. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt mit Befürwortern und Gegnern des Stücks, die ihren Gefühlen während der Aufführung mit Stinkbomben und Feuerwerkskörpern Ausdruck verliehen, sodass das Spiel mehrmals unterbrochen werden musste. Fanatisierte Jugendliche zerrten den vor dem Gebäude stehenden Kulissenwagen auf die Strasse, wo er beschädigt wurde. Der Radau dauerte bis kurz nach elf Uhr, als die letzten öffentlichen Verkehrsmittel die Demonstrierenden nach Hause brachten.

Wer die Mobaktion tatsächlich organisiert hat, ist bis heute nicht klar. «Der Neue Morgen», das Zeitungsorgan der Katholisch-konservativen Volkspartei, distanzierte sich ebenso wie das Pfarreiblatt von den Vorkommnissen, Pfarrer Kaufmann hatte sich geweigert, die dem Pfarramt St. Marien zugestellten anonymen Flugblätter verteilen zu lassen. Die SP-Zeitung «Das Volk» vermutete, dass die Sache *«von privater kapitalkräftiger Stelle aufgezogen worden»* sei. Den jugendlichen Demonstranten seien die Eintrittskarten bezahlt und Trillerpfeifen verteilt worden.

Der emeritierte Freiburger Geschichtsprofessor Urs Altermatt sieht in der Debatte im Anschluss an das Hochhuth-Stück den Anfang vom Ende des geschönten und überhöhten Papstbildes, welches die Katholiken während Jahrzehnten gepflegt hätten. *«Die Demonstration gegen Hochhuth vereinigte zum letzten Mal das katholische Milieu – von der Presse über die Vereine bis zum Klerus und zu den Politikern – in geschlossener Ordnung hinter dem Papst. Insofern waren die Proteste gegen das Hochhuth-Stück eine Art Schlussakkord des militanten politischen Katholizismus.»*[13]

1 Oltner Nachrichten 7. Juni 1916.
2 Oltner Nachrichten 2. Juni 1916; Neue Freie Zeitung 5. Juni 1916.
3 Oltner Nachrichten 17. und 21. Nov. 1916 .
4 Oltner Nachrichten 5. und 7. Mai 1918 .
5 Oltner Nachrichten 24. Nov. 1916.
6 Oltner Nachrichten 25. Mai 1918 Schenker Alois: Katholisch Olten, S. 180f.
7 Neue Freie Zeitung 21. Mai 1918.
8 St. Martinsglocken 22. Mai 1938.
9 StAO, Protokolle und Akten des Gemeinderates 1938.
10 Der Morgen 9. Juli 1938.
11 StAO, Kanzleiakten, GA 13.05.02.
12 Ritzer, Nadine: Alles nur Theater? Zur Rezeption von Rolf Hochhuths «Der Stellvertreter» in der Schweiz 1963/1964. Religion – Politik – Gesellschaft in der Schweiz 41. Fribourg 2007, S. 79f.
13 Altermatt, Urs: Debatte um Hochhuths «Stellvertreter» 1963. In: Neue Zürcher Zeitung 9. Juli 2003.